57. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 118

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Freitag, 9. März 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Gegen den Panzerkreuzer.

Die Gründe der preußischen Regierung.

Eine bemerkenswerte Rede des Ministerpräsidenten Dr. Braun.

Die heutige Sitzung des preußischen Landtags begann bereits gegen 10½ Uhr. Dem kommunistischen Verlangen, eine Interpellation der Kommunisten über die Vorgänge in Preußlau sofort zur Beratung zu stellen, wird unter großem Lärm der Kommunisten, wobei der Präsidenten wiederholt Ordnungsrufe erteilen muß, widersprochen. Es fanden u. a. Annahme eine große Anzahl von Anträgen des Landwirtschaftsausschusses zur Abhilfe der Notlage der Landwirtschaft.

Das Haus geht dann zur **zweiten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten** über.

In der Aussprache nimmt als erster das Wort

Abg. **Waentig** (Soz.). Er vermißt den einheitlichen festen Willen in dem Bestreben, die Staatsverwaltung zu vereinfachen. Trotzdem müßten Widerstände geradezu zwangsläufig verschwinden.

Abg. **Steinhoff** (Deutschnat. Vp.) hält dem Ministerpräsidenten Braun sein Verhalten in der Flaggenfrage vor. Unverständlich sei auch die Behandlung des Falles Claß. Es müsse endlich einmal festgestellt werden, wer aus dem Polizeipräsidium Berlin in das Fraktionszimmer der Sozialdemokraten das Material gebracht hat, das Herr Heilmann dann vorgetragen hat. Jedenfalls ist der Mann gesehen worden. (Lachen links.) Auch in der Frage des Panzerkreuzers gebe das Verhalten des Ministerpräsidenten Anlaß zu schwerer Kritik.

Ministerpräsident Dr. Braun nahm hierauf das Wort. Er beantwortete die deutschnationale Anfrage wegen der **Ablehnung des Panzerkreuzers durch Preußen** im Reichsrat und führte dabei u. a. aus: Meine Darlegung im Hauptausschuß, daß wir wohl berechtigt sind, unsere Rüstungen bis zur Grenze des Versailler Vertrages auszubauen, daß wir aber nicht verpflichtet sind, dies in allen Einzelheiten auch zu tun, ist von dem deutschnationalen Vorredner als eine unerhörte Stellungnahme erklärt worden. Ich befinde mich dabei aber in einer sehr guten Gesellschaft, und zwar in der der Reichsregierung. (Zurufe links. Das ist keine gute Gesellschaft! — Heiterkeit.) **Auch die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß sie nicht alles das auszuführen braucht, was zu unserer angeblichen Wehrhaftmachung uns ausgerechnet der Versailler Vertrag erlaubt.** U. a. wird ja im Versailler Vertrag in bezug auf die Seerüstungen uns auch der Bau von zwölf Torpedobooten zu 800 Tonnen und von weiteren zwölf Torpedobooten zu 200 Tonnen konzediert. Die Reichsregierung hat aber erklärt, sie werde die letzteren zwölf Torpedoboote nicht bauen, weil sie unzweckmäßig sind. (Lebh. Hört, hört! links. — Lärm rechts und Rufe b. d. Deutschnat.: In dem Wort „unzweckmäßig" liegt die Stellungnahme!) Sie (zu den Deutschnat.) geben aber jetzt wohl auch zu, daß es nicht ein „unerhörter Standpunkt" ist, wenn man der Meinung ist, daß wir nur bauen, was auch wirklich zweckmäßig ist. Das ist der Standpunkt, den die Reichsregierung einnimmt, und das ist auch der Standpunkt der preußischen Staatsregierung. Was die Frage angeht, ob es „zweckmäßig" ist, ein Panzerschiff in der Größe von 10 000 Tonnen zu bauen, so befindet sich die preußische Staatsregierung mit ihrer Verneinung dieser Frage **auch mit den Sachverständigen der Marineleitung in Uebereinstimmung.** Noch vor zwei Jahren nämlich gingen wir durchaus konform in der Beurteilung gerade dieser Angelegenheit mit der Marineleitung. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Es ist jetzt wieder bei den Beratungen im Reichstag zum Ausdruck gekommen, daß noch vor zwei Jahren der Chef des Admiralstabs im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärt hat, die Marineleitung stehe auf dem Standpunkt, daß der Bau von Panzerschiffen zu 10 000 Tonnen völlig unzweckmäßig sei gegenüber den erheblich größeren Panzerschiffen der anderen Seemächte. Es fragt sich nunmehr, unter welchem Einfluß diese Auffassung der Marineleitung sich gewandelt hat; ich kann mir diese Frage beantworten und den Einfluß vermuten, der bei der Marineleitung erreicht hat, daß sie nun die Leistungsfähigkeit solcher 10 000-Tonnen-Panzerschiffe plötzlich anerkennt. (Anhaltende Unterbrechungen bei den Deutschnationalen.) **Die preußische Staatsregierung aber ist noch heute der gleichen Auffassung, die sie, gemeinsam mit der Marineleitung, schon vor zwei Jahren hatte.**

Uebrigens kann ich mich bezüglich der militärischen Sachverständigen nicht auf den Standpunkt stellen, daß unter allen Umständen ihre Auffassung von dem verantwortlichen Politiker mit einer gewissen Frommheit akzeptiert werden muß. (Sehr gut! links.) Wenn die Zivilverwaltung während des Krieges etwas mehr Courage gehabt hätte gegenüber dem „Geiste der Militärverwaltung", dessen Intelligenz sich noch jetzt in einer merkwürdigen Weise bei Herrn Ludendorff äußert (sehr gut! und lebhafte Zustimmung links), dann wäre uns gewiß manches erspart geblieben (erneutes Sehr richtig! links). Daß auch jetzt noch durchaus die Auffassung berechtigt ist, man dürfe nicht ohne weiteres alles billigen, was die Militärs als notwendig fordern, hat türzlich sogar Generaloberst v. Seeckt in einem Artikel zum Ausdruck gebracht. Er führte dort u. a. aus: „Man kann es dem Soldaten nicht verübeln, wenn er für die von ihm verantwortlich vertretenen Interessen hohe Forderungen stellt; sie im Rahmen der allgemeinen Politik zu halten aber ist Sache des Staatsmannes, der die Verantwortung für das Versagen auch der Heeresmacht im Rahmen seiner Verantwortung für die gesamte Politik zu tragen hat." (Lebhaftes Sehr richtig! links.)

Wenn wir die absolute Verantwortung haben, wie dies auch der General v. Seeckt zugibt, dann müssen wir auch das Recht, für uns in Anspruch nehmen, über die Zweckmäßigkeit von Forderungen zu entscheiden. (Lebh. Zustimmung links.)

Es ist ja dabei mit den neun Millionen, die zunächst angefordert wurden, nicht getan. Das Schiff kostet 80 Millionen anschlagsgemäß. Man muß damit rechnen, daß in den kommenden Jahren sehr viel größere Bauanteile in den Etat eingesetzt werden würden. Weiter hat der Reichswehrminister im Reichstagsausschuß erklärt, **daß es nicht bei diesem einen Schiffe verbleiben könne,** sondern daß es sich um eine Serie von vier Schiffen handelt, die zusammen nach den einstweiligen Schätzungen 320 Millionen Mark kosten würden (lebh. Hört! hört! links. Zurufe rechts: Sehr gut!). **Im Hinblick auf den Ernst der finanziellen Lage, der sich besonders in den nächsten Jahren mit ihren immer mehr ansteigenden Dawes-Leistungen zu ergeben droht, hat die preußische Staatsregierung die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit solcher Bauten im jetzigen Augenblick verneint.**

Dabei spielte noch die Erwägung eine Rolle, daß die ehemaligen deutschen Kriegsgegner ganz bewußt im Versailler Vertrag ihre Bestimmungen so getroffen haben, **daß uns ein wirklich kriegswirksames Wehrinstrument gar nicht mehr zu Gebote steht.** Deshalb hat man uns im Versailler Vertrag zum Beispiel verboten, militärische Flugzeuge zu bauen oder Unterseeboote, und hat uns lediglich den Bau von Schiffstypen konzediert, die eben als wirksames modernes Kriegsmittel nicht angesehen werden können. Ist es nun zweckmäßig, so unwirksame und unbrauchbare Möglichkeiten des Versailler Vertrages bis zum letzten Worte auszuschöpfen, oder sollte man nicht lieber die dafür aufzuwendenden erheblichen Mittel für andere Zwecke ausgeben? (Lebhafte Zustimmung links.) Sollte man nicht lieber das Schwergewicht unserer Außenpolitik nicht auf solche Machtinstrumente, sondern als eine wehrlose Nation auf Recht und Verständigung legen? (Sehr richtig! links; — stürmische Gegenkundgebungen bei der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen; — Rufe links: Stresemann!) Meine Herren Deutschnationalen, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Ihre Partei hat sich doch im Reichstag auf den Standpunkt der Richtlinien gestellt, die im Sinne der Außenpolitik Dr. Stresemanns eine Verständigung gerade erstreben. Was nun die Auffassung angeht, daß das Panzerschiff für den Küstenschutz gegen Blockaden notwendig sei, so ist doch merkwürdig, daß im Reichsrat gerade auch die Vertreter von Hamburg und Lübeck, die am ehesten wegen einer Blockade besorgt sein müßten, gegen dieses Panzerschiff stimmten. Weiter wurde gesagt, der Weg nach Ostpreußen müßte durch das Panzerschiff freigehalten werden. **Glauben Sie** (zu den Deutschnationalen) **wirklich, daß in einem Kriegsfalle,** den ich noch gar nicht einmal konzediere, **mit den vier Panzerschiffen der Weg nach Ostpreußen versperrt werden könnte,** während doch die Gegner, die dafür in erster Linie in Frage kommen, über zahlreiche Unterseeboote verfügen? Wenn wir Ostpreußen helfen wollen gegen die slawische Flut, die an seinen Grenzen brandet, dann müssen wir in erster Linie den wirtschaftlichen Druck mildern, unter dem diese Grenzprovinz leidet. (Sehr wahr! links.). Auch die Arbeitslosigkeit läßt sich nicht mit so unproduktiven Ausgaben bekämpfen. Wir sind aber gerne bereit, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit dadurch beizutragen, daß wir Mittel für produktive Zwecke bereitstellen. Ich erkläre nochmals, **daß ich den Bau des Panzerschiffes für unproduktiv halte, um so mehr, als uns erhebliche Mittel für produktive Ausgaben sowohl im preußischen Staatsrat, wie auch im Reichsrat fehlen.** (Lebhafte Zustimmung links.)

Weiter ist in der deutschnationalen Anfrage noch die Rede davon, daß es sich bei dem preußischen Vorgehen um ein „planmäßiges Vorgehen der Staatsregierung gegen die Reichsregierung" handelt. Dies ist eine unbewiesene Behauptung, die in Ihrer (nach rechts) Presse wahrheitswidrig produziert worden ist. Wenn jedes Abweichen von dem Standpunkt der Reichsregierung ein „planmäßiges Vorgehen gegen das Reich" wäre, dann müßten wir konstatieren, daß so ziemlich sämtliche Länder dieses planmäßigen Vorgehens schuldig sind. Denn es vergeht keine Reichsratssitzung, ohne daß nicht irgendein Land durch die Stellung von Anträgen sich gegen die Maßnahmen der Reichsregierung wendet. (Sehr gut! links.) Die preußische Staatsregierung hat sich in allen Nachkriegsjahren von dem Bestreben leiten lassen, der Reichsregierung nicht das Leben schwer zu machen, sondern **sie hat sehr oft die Reichsinteressen als die übergeordneten vor die Landesinteressen gesetzt.** Die preußische Staatsregierung muß sich allerdings das Recht vorbehalten, selbständig zu den Maßnahmen des Reiches im Reichsrat Stellung zu nehmen. (Sehr richtig! links.)

Der Ministerpräsident ging sodann auf die deutschnationale Interpellation im Falle Vahlen ein und bezeichnete dieses Vorkommnis als das Musterbeispiel einer Aufhetzung in der Flaggenfrage, durch die immer wieder Unfrieden im Volke gestiftet werde. Vahlen habe es als Universitätsprofessor in Greifswald fertig gebracht, Studenten zu veranlassen, die Reichsfahne vom Universitätsgebäude herunterzureißen und habe diesen Akt mit den Worten begleitet: „Schwarz-Rot-Mostrich muß herunter!" Angesichts dieser ganz ungeheuerlichen Schlage habe sich das Staatsministerium veranlaßt gesehen, das Urteil des Disziplinarhofes, das nur auf Strafversetzung gelautet habe, zu revidieren und auf Amtsentlassung zu erkennen. Unter stürmischem Beifall der Linken und der Mitte stellte der Ministerpräsident fest: **„Wenn ein Beamter sich in dieser Weise gegen die verfassungsmäßigen Farben vergeht, ist kein Platz mehr für ihn in der preußischen Verwaltung!"**

*

Mit dieser Rede widerlegt der preußische Ministerpräsident endgültig und überzeugend alle deutschnationalen Versuche, die Haltung der preußischen Regierung in der Frage des Panzerkreuzers zu verdächtigen und parteipolitisch zu entstellen. Die heutige Rede ist ferner die treffende Antwort auf eine sehr merkwürdige Aeußerung, die nach einem Telegramm unseres Dresdener Korrespondenten gestern im sächsischen Landtag der Ministerpräsident Heldt getan hat. Dieser verstieg sich zu der Behauptung, für die sächsische Regierung sei maßgebend gewesen, daß Preußen zu seiner Ablehnung gekommen sei, „um der Reichsregierung Schwierigkeiten zu bereiten". In Wirklichkeit hat sich die sächsische Regierung zu ihrem Ja aus Rücksicht auf ihre deutschnationalen Koalitionsgenossen und deren Parteifreunde in der Reichsregierung veranlaßt gesehen, und allein das ist auch der Grund für die in ihrer Art mehr als erstaunliche Stellungnahme gegen die preußische Regierung. Deren schwerwiegende außen- und innenpolitische Gründe, zu denen auch noch sehr triftige finanzielle Erwägungen kommen, legt Ministerpräsident Dr. Braun überzeugend dar.

Bulgarien vor einer Regierungskrise.

Zusammenbruch der Regierungskoalition. — Anleihesorgen.

(Von unserem Korrespondenten.)

mi. Sofia, Anfang März.

Der bulgarische Eisenbahnminister, Herr Kimon Gheorghiew, hat am 1. dieses Monats dem Ministerpräsidenten Ljaptschew persönlich sein motiviertes Rücktrittsgesuch überreicht. Die Demission wurde angenommen. Es handelt sich scheinbar um eine lokale Begebenheit ohne große Bedeutung; besonders in den Balkanstaaten, wo der Verbrauch von Ministern relativ sehr groß ist, erscheint die Geste des Herrn Gheorghiews als etwas Alltägliches, als Zwischenfall, der im Auslande kaum beachtet, der im Lande selbst höchstens nur in interessierten Kreisen eingehender diskutiert wird. Diesmal jedoch ruft der Rücktritt eines einfachen Ressortministers in ganz Bulgarien eine tiefgehende Erregung wach, als wäre sie der Vorbote kommender Wirren und neuer Umwälzungen, als stünde das viel heimgesuchte Land vor neuen gefahrvollen Krisen und Schwierigkeiten.

Trotzdem der Ministerrat die Motivierung dieser Einzeldemission einstweilen noch nicht veröffentlicht hat, weiß hier jedermann darüber genau Bescheid: Uneinigkeit, persönliches Gezänk, Selbstüberschätzung und krankhafte Ambitionen innerhalb der Regierungskoalition des „Demokratischesti Sgowor" bilden die Quelle und Ursache einer latenten schweren Krise, die so alt ist wie der Sgowor selbst; die drückende Finanznot und die ungemein schwierigen Bedingungen des Genfer Finanzkomitees für eine Auslandsanleihe unter dem Protektorat des Völkerbundes sind der Anlaß, der entscheidende Wendepunkt, um die unter der Asche glimmende Krise in Flammen auflodern zu machen. Kimon Gheorghiew ist diesmal der Exponent der unzufriedenen „Plemena" (Stämme), aus denen die Regierungskoalition sich zusammensetzt: als erster tritt er von einer Koalitionsregierung aus, die aus heterogenen, zentrifugalen, gegeneinander feindseligen Elementen besteht. Nach ihm werden auch andere unzufriedene Minister ausscheiden, und das ganze widernatürliche, unorganische Gebilde des „Sgowor" (Einigung) bricht in sich zusammen, zerfällt in seine Bestandteile und Splitter, nachdem man es mit unsagbarer Mühe und Not vier Jahre und neun Monate hindurch, brüchig und behaftet, auf den Beinen gehalten hat.

Was aber dann? Die Opposition ist noch mehr zersplittert, noch weit ärger zerzankt und verfeindet als die „Stämme" des Sgowor. Nur in ihrem glühenden Hasse gegen die Regierungskoalition sind alle oppositionellen Fraktionen, Gruppen und Gruppchen miteinander einig, im übrigen jedoch ist es ganz ausgeschlossen, sie zu einem organischen, lebensfähigen Gebilde zusammenzupfropfen, das imstande wäre, die Regierung zu übernehmen und in ersprießlicher Zusammenarbeit die schwere Krise zu beheben. Einzig die Gruppe der Agrarier Stambolijfischer Richtung hat trotz allem noch großen Anhang unter der Bauernschaft und wäre vielleicht berufen, nach dem Sgowor eine „parlamentarische" Regierung zu bilden. Aber die Erinnerung an die demagogische Klassenherrschaft Stambolijffis, die der Sgowor in einem Meer von Blut erstickt hat, ist noch zu lebendig; ausgenommen die eingeschworenen verbitterten Anhänger des ermordeten Bauerndiktators würde sich das gesamte bulgarische Volk gegen ein derartiges zweites Experiment mit der größten Entschlossenheit auflehnen.

Kommt es aber zum Zusammenbruch der Regierungskoalition in ihrer gegenwärtigen Struktur, was viele eingeweihte Faktoren mit Bestimmtheit voraussehen, dann wäre in der Neu- und Umbildung des Sgowor entweder unter Führung Ljaptschews oder mit seinem gefährlichsten und unversöhnlichsten Gegner, Alexander Jankow, an der Spitze die einfachste und nächstliegende Lösung zu suchen. Ljaptschew, der Jankow vor zwei Jahren die Macht entrissen hat, verkörpert die versöhnlichere und mildere Tendenz; Jankow und sein aus Militaristen und Mazedoniern bestehender Anhang werden als rücksichtslos und unerbittlich gefürchtet, vielfach verabscheut. Dieser ehemals bescheidene, in der Oeffentlichkeit unbekannte Professor, stand am 9. Juli 1923 an der Spitze jener kleinen Gruppe von Verschwörern, die das allmächtige Regime Stambolijiffis über Nacht gestürzt, den Bauerndiktator selbst und viele von seinen Anhängern in ein besseres Jenseits befördert und den Aufstand der sogenannten „Einheitsfront" der Agrarier und Kommunisten in einem Meer von Blut erstickt hat. Dieser ehrgeizige Mann, der es immer noch nicht verwinden kann, daß ihn der schlaue Mazedonier Ljaptschew verdrängt, und mit der Würde des Kammerpräsidiums kaltgestellt hat, ist die Seele aller Ränke und Intrigen, die gegen die zu „demokratische" Richtung Ljaptschews innerhalb des Sgowor gesponnen werden; er, der „Retter" Bulgariens von der Gefahr der subversiven Einheitsfront, hält sich einzig für berufen und berechtigt, die Macht in Händen zu halten, trotzdem der König, die Mehrheit des Volkes und auch das Ausland eine Wiederkehr seines Regiments nicht wollen. Noch vor etwa fünf Wochen, Ende Januar, in einer großen Versammlung des Parteirats des Sgowor, wurde zwischen den zwei Antagonisten und ihren „Stämmen" eine Aussöhnungs- und Verbrüderungsparodie inszeniert; sie lagen sich in den Armen, schworen sich Einigkeit und Frieden. Und nun bricht der alte Zwist mit größerer Schärfe durch als zuvor. Kommt es aber